



Kantonsrat

Sitzung vom: 8. November 2011, vormittags

Protokoll-Nr. 451

Nr. 451

Postulat Widmer-Picenoni Susan und Mit. über die Prüfung von zivilen Einsatzkräften für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs (P 871). Teilweise Erheblicherklärung

Im Namen des Regierungsrates ist Justiz- und Sicherheitsdirektorin Yvonne Schärli einverstanden, das am 5. April 2011 eröffnete Postulat über die Prüfung von zivilen Einsatzkräften für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs teilweise erheblich zu erklären. Die schriftliche Begründung lautet wie folgt:

"Mit dem Postulat wird der Regierungsrat beauftragt zu prüfen, ob für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs an Stelle von teuer ausgebildeten Polizisten zivile Fachkräfte (Polizeiassistentinnen und -assistenten) eingesetzt werden können.

Das Anliegen des Postulats ist nicht neu und soweit möglich seit Jahren umgesetzt. In der Stadt Luzern werden für die systematischen Kontrollen des ruhenden Verkehrs (Parkordnung) schon seit Jahrzehnten Verkehrsassistentinnen und -assistenten (früher Politessen) eingesetzt. Dabei handelt es sich um zivile Fachkräfte, deren Ausbildung deutlich weniger intensiv ist und weniger lange dauert als für die Polizistinnen und Polizisten. Entsprechend tiefer sind auch die Löhne. Selbstverständlich sollen auch ausgebildete Polizistinnen und Polizisten Parkbussen ausstellen können. Das Schwergewicht ihrer Arbeit liegt aber, wie vom Postulat verlangt, bei anderen Aufgaben. Im täglichen Patrouillendienst gehört aber auch die Durchsetzung der geltenden Ordnung im Strassenverkehr zu den Aufgaben jedes Polizisten und jeder Polizistin. Die Bevölkerung würde es zudem nicht verstehen, wenn Uniformierte bei Parkverstössen einfach wegsehen müssten.

Seit der Fusion von Kantons- und Stadtpolizei zur Luzerner Polizei können die Verkehrsassistentinnen und -assistenten auch in der Agglomeration Luzern eingesetzt werden. Je weiter allerdings die Gemeinden vom Arbeitsort Luzern entfernt sind, desto grösser wird die Regiezeit für die eigentliche Kontrolltätigkeit. Auf dem übrigen Kantonsgebiet ist zudem der Aufwand für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs zu wenig gross, um ganze Pensen für Verkehrsassistentinnen und -assistenten unter Effizienzgesichtspunkten zu rechtfertigen. In diesen Gebieten wird der ruhende Verkehr deshalb bisher durch ausgebildete Polizistinnen und Polizisten anlässlich ihrer ordentlichen (Fuss-)Streifentätigkeit kontrolliert. Damit erledigen diese Polizistinnen und Polizisten diese Tätigkeit zum grössten Teil nebenbei während ihres Aussendienstes, woraus sich auch gewünschte Kontakte und Rückmeldungen aus der Bevölkerung ergeben.

Wir erteilen jedoch der Luzerner Polizei den Prüfungsauftrag, ob es Modelle gibt, mit denen der ruhende Verkehr auch ausserhalb der Stadt Luzern durch zivile Fachkräfte überwacht werden kann. Da Polizistinnen und Polizisten ohnehin unterwegs sind, ist der Einsatz von Verkehrsassistentinnen und -assistenten allerdings nur dann effizient und kostensparend, wenn der Regieaufwand nicht zu gross wird und allenfalls mit andern Aufgaben kombiniert werden kann.

In diesem Sinne beantragen wir Ihnen, das Postulat erheblich zu erklären."

Daniel Gloor ist mit der teilweisen Erheblicherklärung einverstanden. Die Stellungnahme der Regierung sei schlüssig und enthalte die Absicht, Optimierungsmöglichkeiten zu prüfen.

Daniel Keller lehnt das Postulat ab. Er zweifle daran, dass es in kleinen Landgemeinden ein Problem mit zu vielen falsch parkierten Fahrzeugen gebe. Zuerst müsse ein Bedürfnis für den zusätzlichen Kontrollaufwand, die Kosten und das Personal nachgewiesen werden. In Zeiten knapper Finanzmittel müsse zwingend das Wünschenswerte vom Notwendigen unterschieden werden können. Die Bussenwirtschaft im Kanton solle nicht weiter ausgebaut werden. Ein weiterer Grund für die Ablehnung des Postulats sei die fehlende Effizienz.

Christoph Lengwiler spricht sich für die teilweise Erheblicherklärung aus. Die Antwort der Regierung sei insofern gut, als dass sie einen Prüfungsantrag an die Polizei enthalte. Wenn es Lösungen gebe, die kostengünstiger als heute seien, könnten diese realisiert werden.

Hanspeter Bucher lehnt das Postulat ab. Früher oder später sei mit einer Rezession zu rechnen, und in einer solchen Zeit sollte nicht noch mehr Personal angestellt werden.

Im Namen des Regierungsrats spricht sich Justiz- und Sicherheitsdirektorin Yvonne Schärli für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats aus. Es stelle sich die Frage, wo gut ausgebildete Polizisten am Wirkungsvollsten eingesetzt würden, wenn viel Arbeit bestünde: beim Bussenverteilen oder in einem anderen für die Bevölkerung wichtigen Gebiet? In der Stadt sei diese Frage geklärt. Polizistinnen und Polizisten seien vor allem mit präventiver Präsenz unterwegs. Mit dem Prüfungsantrag an die Polizei solle geklärt werden, ob das auch für andere Gemeinden in Frage kommen und die Polizei durch Assistentinnen und Assistenten entlastet werden könnte.

Andreas Hofer ist für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats. Namentlich Sursee werde vor allem an Wochenenden buchstäblich mit Autos überschwemmt. Er könne sich eine Entlastung der gut ausgebildeten Polizisten durch Assistenten gut vorstellen.

Der Rat erklärt das Postulat teilweise erheblich.